

Gemeinderatssitzung vom 31. August 2026

FRAKTIONSERKLÄRUNG

Jahresrechnung 2025 / Diskussion GF Sicherheit / LG Stadtpolizei

Sehr geehrter Herr Ratspräsident,
Geschätzte Kolleginnen und Kollegen,
Geschätzte Anwesende

Die Polizeiaffäre hat Uster über den Sommer regelrecht durchgeschüttelt.

Am 6. Juli versprach uns Beatrice Caviezel im Namen des Stadtrats hier im Gemeinderat, die offenen Fragen «transparent zu beantworten». Budgetabweichungen hätten zum Vertrauensverlust gegenüber dem Stadtpolizeikommandanten geführt. Man verstehe die Verärgerung und nehme die Situation sehr ernst.

Das klang damals nach Aufklärung.

Was seither geschehen ist, lässt uns zu einem anderen Schluss kommen: Wir haben es längst nicht mehr nur mit einer Polizeiaffäre zu tun, sondern mit einer veritablen Vertrauenskrise zum Stadtrat zu tun.

Denn Transparenz bedeutet nicht, nur das zu bestätigen, was bereits öffentlich bekannt oder einem nachgewiesen worden ist.

In der Sitzung vom 6. Juli erfuhren wir beispielsweise mit keinem Wort, dass GLP-Sicherheitsvorständin Beatrice Caviezel selbst sogenannte gesplittete Rechnungen unterzeichnet hatte. Auch GLP-Finanzvorstand Daniel Frei sprach zwar von einem «inakzeptablen Verhalten», erwähnte diesen Umstand aber nicht.

Der Gemeinderat erfuhr es erst später – und zwar aus den Medien.

Und das ist leider kein Einzelfall.

Wir verurteilen ausdrücklich, dass vertrauliche Dokumente wie der BDO-Bericht oder Protokolle der RPK an die Medien gelangt sind. Amtsgeheimnisverletzungen sind nicht zu tolerieren.

Aber die Leaks dürfen nicht zum Nebelvorhang werden, hinter dem die eigentlichen politischen Fragen und Verfehlungen verschwinden.

Der Stadtrat schreibt dazu: «Es besteht der Verdacht auf eine Verletzung des Amtsgeheimnisses sowie der Schweigepflicht, denen die Parlamentarier als Ratsmitglieder unterstehen» [SRB 371 v. 18.8.26]. Damit lenkt er den Verdacht auf die Gemeinderäte. Zu einer vollständigen Darstellung würde auch gehören, dass diese Protokolle auch die teilnehmenden Stadträte sowie Kaderangestellte der Verwaltung erhalten.

Oder beim BDO-Bericht. Bemerkenswert ist: Die NZZ berichtete bereits am 18. Juli über die Inhalte des BDO-Berichts. Aufgrund einer Kommunikationspanne erhielt die RPK jedoch erst fünf Tage später, am 23. Juli den Bericht zugestellt.

Auch bei der Kommunikation bei der Bussenpraxis am Bahnübergang Brunnenstrasse zeigt sich dasselbe Muster:

Zuerst teilt die Stadt den Medien schriftlich mit, der Statthalter habe im Rekursfall sämtliche Bussen ausnahmslos gestützt. Nach Vorlage einer Einstellungsverfügung heisst es dann lapidar: «Wir ziehen diese Aussage zurück.»

Meine Damen und Herren:

Eine Aussage zurückzuziehen, nachdem ihr Gegenteil belegt worden ist, ist keine transparente Kommunikation. Das ist schlicht und ergreifend: überführt und entlarvt worden sein.

Und Aktuell der letzte kommunikative Faux-Pas bei der Ankündigung zum Abgang des Abteilungsleiter Sicherheit [Mitteilung vom 26.8.26]: Die Stadt teilt mit, Enrico Quattrini habe sich entschieden, seine Leitungs-Funktion abzugeben. Nur was fehlt in dieser Mitteilung? Es fehlt, dass er als Stadtrichter bei der Stadt Uster beschäftigt bleibt [NZZ vom 26.8.26] – im Geschäftsfeld Recht und Vollstreckung und damit weiterhin im Zuständigkeitsbereich von Sicherheitsvorständin Beatrice Caviezel und mit engem Bezug zur Stadtpolizei.

Auch diese wesentliche Information wurde erst auf Nachfrage der Medien offengelegt, mit der Begründung es sei schlicht vergessen gegangen.

Es geht deshalb nicht um einen einzelnen missglückten Satz oder eine einzelne Kommunikationspanne.

Es geht um das Gesamtbild:

Wir haben:

- Größere Unregelmässigkeiten bei der Stadtpolizei
- Äusserst fragwürdige Beschaffungsvorgänge
- Gesplittete Rechnungen, einige davon sogar von der Sicherheitsvorsteherin unterschrieben
- Verschleierte Finanzbuchungen
- Budgetüberschreitungen
- Versandte Briefe mit eigenartigem Inhalt
- Offene Fragen zur Bussenpraxis und Überwachung des Bahnübergangs
- Regelwidrige Verwendung von Busseneinnahmen
- Widersprüchliche Aussagen gegenüber Öffentlichkeit und Medien
- Berichte, die das Parlament verspätet erhält
- Eine Regierung, die bereits vor den Kommunalwahlen vom 12. April Bescheid wusste, jedoch die Öffentlichkeit nicht informierte.

Und wir erleben bis heute eine Kommunikation, die bei jeder Gelegenheit Transparenz verspricht, aber relevante Informationen wieder erst auf Nachfragen offenlegt.

Genau deshalb hat die FDP-/Die Mitte-Fraktion die Rechnung 2025 nicht mittgetragen. In der RPK-Sitzung vom 29. Juni und wie auch in der Ratssitzung vom 6. Juli haben wir die Rechnung abgelehnt.

Wir haben damals deutlich weitere Abklärungen verlangt, dabei aber auch ausdrücklich und mehrfach festgehalten, dass sich unser Misstrauen nicht gegen die gesamte Stadtverwaltung richtet.

Wir wurden dafür vom Finanzvorstand gerügt, mit Kanonen auf Spatzen zu schießen und noch nicht einmal zu treffen.

Thja: Der Spatz war möglicherweise erheblich grösser, als man uns damals glauben machen wollte.

Für uns ist deshalb klar: Eine PUK (Parlamentarische Untersuchungskommission) ist unumgänglich.

Die politische und administrative Verantwortung muss unabhängig und lückenlos geklärt werden.

Und genau, weil der Stadtrat so zögerlich und wenig transparent informiert, reicht eine Untersuchung, bei welcher dieser Stadtrat Auftraggeber und Empfänger der Berichte ist nicht aus. Es scheint, als ist sich der Stadtrat der Tragweite dieses Skandals noch immer nicht bewusst.

Aber eine PUK entbindet die politisch Verantwortlichen nicht davon, sich bereits heute selbstkritische Fragen zu stellen:

- Wer wusste vor den Wahlen was?
- Wer hat entschieden, was gegenüber Parlament und Bevölkerung kommuniziert wird – und was nicht?
- Wer hat diese Entscheide mitgetragen?
- Und vor allem: Wie will dieser Stadtrat Vertrauen zurückgewinnen, wenn immer wieder der Eindruck entsteht, dass Informationen nicht aus eigener Initiative offengelegt werden?

Politische Verantwortung beginnt nicht erst dort, wo strafrechtliches Fehlverhalten bewiesen ist. Politische Verantwortung beginnt dort, wo Vertrauen verspielt wird.

Deshalb erwarten wir von den Mitgliedern des Stadtrates – nicht nur von der Sicherheitsvorständin, sondern ebenso von der Stadtpräsidentin und von allen, die vor den Wahlen von diesen Missständen Kenntnis hatten und die damalige Kommunikationsstrategie mitgetragen haben –, dass sie sich ernsthaft die Frage stellen, ob sie ihrer politischen Verantwortung noch gerecht werden können. Kann der Stadtrat in dieser Zusammensetzung das Vertrauen wieder herstellen oder hat es irreparablen Schaden genommen?

Uster braucht jetzt keine weiteren Missverständnisse.

Uster braucht vollständige Aufklärung, Klarheit und endlich politische Verantwortung.

Heute müssen wir die weichen so Stellen, dass die Stimmbevölkerung wieder Vertrauen in die Ustermer Politik fasst.

Vielen Dank

Für die FDP/Die Mitte-Fraktion:

Gianluca Di Modica

Uster, 31.08.2026